



Bielefeld

Vorstellung des Umweltamtes 2026

- Finanzverwaltung
(Haushaltsplanung, Gebührenberechnungen etc.)
- Fördermaßnahmen (inkl. Vertragsnaturschutz)
- Personalverwaltung
- IT-Koordination
- Verwaltungsaufgaben
(Materialbestellungen, Rechnungsbearbeitung etc.)



- Geschäftsführung der Gremien
 - Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz (AfUK)
 - Naturschutzbeirat (NB)
 - Bielefelder Klimabeirat (BKB)
- Betreuung der Naturschutzwächter*innen
- Rechtliche Beratung der Fachabteilungen
- Vertragsangelegenheiten
- Planfeststellungsverfahren

- Genehmigungsbehörde für genehmigungsbedürftige Anlagen
(Windenergieanlagen, BHKW, Abfalllager etc.)
- Überwachung genehmigungsbedürftiger und nicht genehmigungsbedürftiger Anlagen
- Umweltinspektionen
- Kontrollen bei Lärm, Gerüchen und Staub
- Nachtausnahmegenehmigungen auf Baustellen



Strategien:

- Nachhaltigkeitsstrategie
- Bielefeld klimaneutral
- Kommunale Wärmeplanung



Steuerung, Monitoring,
Umsetzung von
Projekten



Ausgewählte Projekte:

- ÖKOPROFIT® Beratungsangebot für Unternehmen
- Wasserstoffnetzwerk HyConnect OWL
- Biostadt Bielefeld, Ernährungsrat
- FairTrade Stadt
- Wochen der Nachhaltigkeit



Stellungnahmen-Koordinierung im Umweltamt

Die Abteilung Umweltplanung bündelt & koordiniert querschnittsorientiert alle Belange des Umweltamtes in Gesamtstellungnahmen zu räumlichen Planungen gegenüber Dritten.

Koordinierung Liegenschaftsangelegenheiten für das Umweltamt:
Vorkaufsrecht nach § 74 LNatSchG und nach § 24 BauGB

Fachstellungnahmen zu raumbezogenen Planungen

z.B. Regionalplan, Änderungen FNP, Bebauungspläne, Linienbestimmungsverfahren, wasserrechtliche Verfahren.

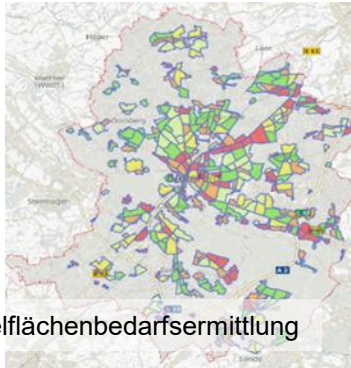
... zu den Themen:

Untere Naturschutzbehörde, Grünordnungsplanung,
Verkehrslärmschutz und Luftreinhaltung, Stadtklima, Klimaanpassung und Energieeffizienz

Grün(ordnungs)planung (Aufgabenbereich abgeleitet aus § 11 BNatSchG)

z.B.

- **Konzepte :**
Grünplanerische und landschaftsplanerische Einzel – und Rahmenkonzepte
Konzepte für Erholung, Wander- und Reitwege
Konzepte zur naturnahen Entwicklung von Fließgewässern (Gewässerökologie)
Beteiligung an Konzepten (INSEK, Radverkehrskonzept, ...)



Spielflächenbedarfsermittlung

Maßnahme C1 | Etablierung von Naturerlebnisräumen an der Weser- Lutter als naturnahe Spielmöglichkeiten



Freiraumentwicklungskonzept
Baumheide

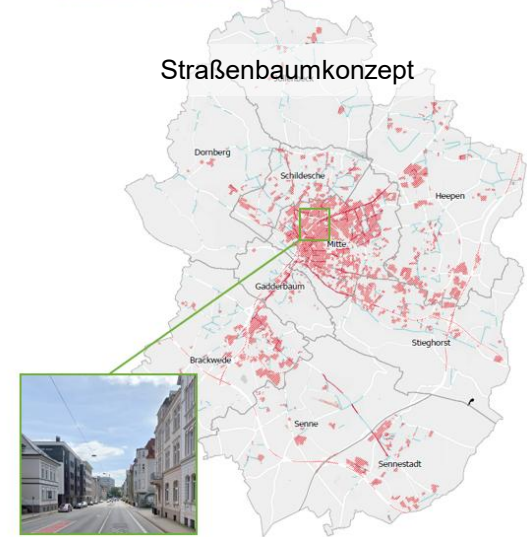
Gewässerökologie

z.B.

Erarbeitung und Koordination von gewässerökologischen Konzepten und Beteiligung an umweltplanerischen Konzepten > Bezug zur räumlichen Planung

Prioritäre Handlungsräume

Straßenbaumkonzept



Grün(ordnungs)planung (Aufgabenbereich abgeleitet aus § 11 BNatSchG)
Weitere Aufgaben z.B.

Koordinierung Naturparkangelegenheiten

Untere Naturschutzbehörde

(Stellungnahmen im Rahmen der Beteiligung nach § 3 (5) BNatSchG)

- Beachtung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege (§ 1 und 2 BNatSchG)
- Vermeidung, Ausgleich und Ersatz von Eingriffen in Natur und Landschaft
Regelung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen (§ 14 u. ff. BNatSchG)
- Bearbeitung des Artenschutzes gem. § 44 BNatSchG
- Fortschreibung der Landschaftspläne (BNatSchG, LNatSchG)



Beweidungsprojekt
Johannisbachaue

Erholung in der
freien Landschaft
& in Grünflächen:
Öffentlichkeitsarbeit
(z.B. Magazin
„natur erleben“)



Hauptaufgaben:

- Grundwasserbewirtschaftung (qualitativ und quantitativ)
- Sanierung von Grundwasserschäden
- Trinkwasserversorgung und -schutzgebiete
- Geothermie
- Altlastenuntersuchung bis zur –sanierung
- Betrieb von Altdeponien
- Abbrüche
- Boden- und Abfallmanagement
- Einsatz/Nutzung von Recyclingmaterialien
- Abfallkontrollen, -wirtschaft, -beförderung, -beratung
- Abfallwirtschaftskonzept
- Schadstoffe innerhalb städtischer Gebäude



Hauptaufgaben: Indirekteinleiterüberwachung als kreisfreie Stadt

1. Einleitungsbezogener Gewässerschutz (Vollzug Wasserrecht)

- Genehmigung u. Überwachung industrieller u. gewerblicher Abwassereinleitungen
- Genehmigung u. Überwachung betrieblicher Abwasservorbehandlungsanlagen
- Kontrollen als Untere Wasserbehörde
- Vollzug SÜwVO Abw NRW Teil 1



2. Vorflutsicherung, Schutz der öffentlichen Abwasseranlagen (Vollzug Satzungsrecht)

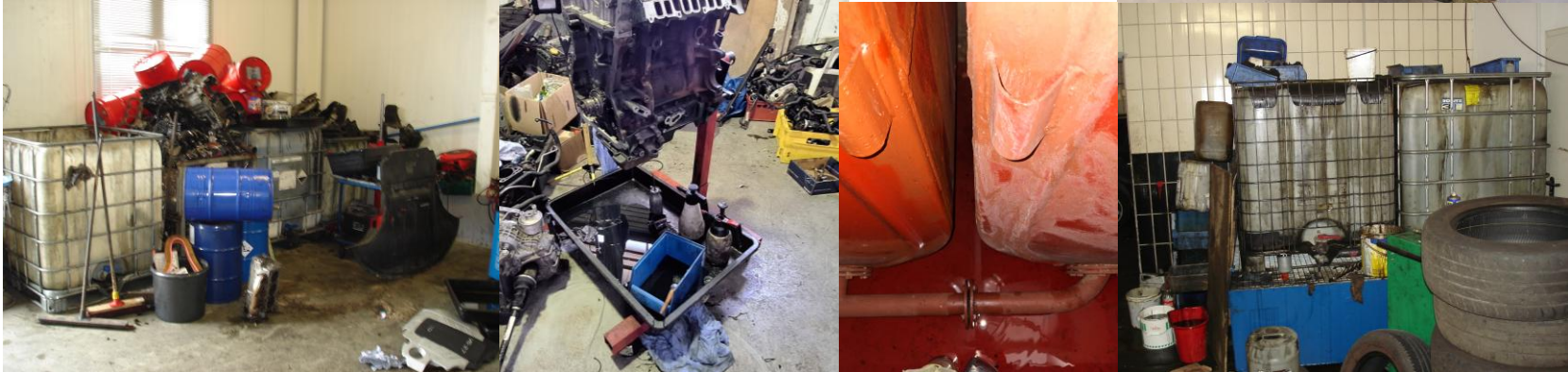
- Abwasserkontrollen nach Entwässerungssatzung
- Sielhautuntersuchungen
- Betriebserfassungen u. Betriebskontrollen vor Ort
- Beratung der Betriebe zu einer gesetzeskonformen Indirekteinleitung
- Prüfung satzungsrechtlicher Anforderungen zur Entscheidung



Hauptaufgaben:

- Überwachung Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden
- Überprüfung privater Heizölverbraucheranlagen
- Stellungnahmen im Rahmen von Erlaubnisverfahren
- Vollzug der Wasserschutzgebietsverordnungen

Beispiele vorgefundener Anlagen:



Rufbereitschaft Umweltschutz

Bei Freisetzung von umweltgefährdenden Stoffen und eine akute Gefahr für Menschen, Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser besteht

Rufbereitschaft trifft Anordnung von nötigen Sofortmaßnahmen am Unfallort, z.B.:
Ölsperren, Dämme, Abpumpen von kontaminiertem Gewässer



Wasserrechte (Kreis – Untere Wasserbehörde):

- Planfeststellungsverfahren für Gewässerausbaumaßnahmen
- Genehmigung Bauen in/am Gewässer (Brücken, Durchlässe, Gewässerquerungen)
- Bauen im gesetzlichen Überschwemmungsgebiet
- Genehmigungen:
 - Beschränkungen hinsichtlich Einleitungsmengen und Einleitungsqualität – Regenklärung;
 - Gewässereinleitungen (privat, kommunale Einleitungen aus Regenwasserkanälen, Industrie/Gewerbe/Landwirtschaft), Versickerungen, Wasserentnahme, Staurechte
- Kanalnetze (Einleitungsstellen), Kanalsanierung
- Regenwasserbehandlungsanlagen, Kleinkläranlagen
- Stellungnahmen zu Bebauungsplänen und Bauvorhaben hinsichtlich Niederschlagswasserbeseitigung (Versickerung, Rückhaltung etc.)



Gewässerausbau (Gemeinde):

- Maßnahmen EU-Wasserrahmen-Richtlinie = Gewässerökologie und Hochwasserschutz
- Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerstruktur (naturnaher Verlauf, Durchgängigkeit, etc.)
- Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität



Gewässerunterhaltung (Gemeinde):

- Betreuung/Kontrolle von ca. 580 km Gewässer, davon 70 km verrohrt
- Ca. 100 Schwerpunkte (bei Regenereignissen bes. gefährdete Gitter vor Verrohrungen)
- Sicherung der Vorflut = Hochwasserschutz durch Mäh- und Unterhaltungs-/Räumarbeiten
- Umsetzung kleiner Gewässerbaumaßnahmen (Abstürze beseitigen, Verbau entfernen, Ufer abflachen)
- Teichentschlammungen

Hochwasserschutz (Gemeinde):

- Pegel: Betreuung und Auswertungen (Hydrologien), Aufbau digitaler Messtellen - Datenfernübertragung
- Retentionsräume, Hochwasserrückhaltebecken, Talsperre Obersee (Bau, Betreiber, Kontrollen, Unterhaltung, Sicherheitsnachweise)

Landschaftsplanumsetzung

Zielsetzung

- Schutz/Erhalt und nachhaltige Entwicklung der in den Landschaftsplänen Ost, West und Senne festgesetzten Schutzgebiete
- Umsetzung der in den Landschaftsplänen definierten Entwicklung-, Pflege- und Erschließungsmaßnahmen

Aufgaben

- Planung von konkreten Maßnahmen / Einwerbung von Fördermitteln
- Zusammenarbeit mit sowie Koordinierung und Planung der Arbeiten der Biostationen
- Zusammenarbeit mit Landwirten im Rahmen des Vertragsnaturschutzes (z.B. Schafbeweidung, Acker)
- Wahrnehmung ordnungsbehördlicher Aufgaben in Bezug auf die Schutzgebiete (z.B. Anträge für Veranstaltungen, Betretung von Schutzgebieten, Ordnungswidrigkeitsverfahren)



Artenschutz

- Allgemeiner (§ 39 BNatSchG) sowie besonders und strenger Artenschutz (§ 44 BNatSchG)
- Überwachung und Durchsetzung gesetzlicher Verbote nach BNatSchG und LNatSchG NRW
- Genehmigungen, Befreiungen und artenschutzrechtliche Ausnahmen; Ahndung von Verstößen
- Beratung und Prüfung von Planungen im Hinblick auf artenschutzrechtliche Belange (u.a. Abrisse)
- Schutzfristen nach § 39 BNatSchG (Gehölzschnittmaßnahmen) / Schutz und Pflege der Naturdenkmäler
- Invasive Arten
- Umsetzung von Artenschutzprojekten (z.B. Amphibienschutzmaßnahmen, Hautflüglerberatung, Igel, Feuersalamander, Fledermäuse), Öffentlichkeitsarbeit
- Runder Tisch Wald



Eingriffe in Natur und Landschaft

- Schutz von Natur und Landschaft in ihren Funktionen und Leistungsfähigkeit
- Vermeidung und Minimierung von Beeinträchtigungen / Ausgleich unvermeidbarer Eingriffe in Natur und Landschaft
- Bearbeitung und Erstellung von Stellungnahmen im Rahmen von Bauantragsverfahren (Außenbereich) und von Vorhaben, die nicht bauantragspflichtig sind
- Prüfung von Alternativen
- Bewertung der Erheblichkeit und des Umfangs des Eingriffs
- Festlegung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sowie Ersatzgeldern
- Sicherstellung der Durchführung und Kontrolle der Maßnahmen

